

## VORFAHRT FÜR ARBEIT

*Entlastung der Arbeitskosten durch Umstellung der Sozialversicherung auf eine Steuerfinanzierung dargestellt am Beispiel der Rentenversicherung*

### **Die Ausgangslage**

In Deutschland wird die Absicherung gegen die großen Lebensrisiken (Alter, Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit) weitgehend über Abgaben auf das Gehalt bzw. den Lohn der abhängig Beschäftigten finanziert. In der Vergangenheit bot dieses System große Vorteile, da es die soziale Absicherung an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Einzelnen band und für eine prinzipielle Lebensstandardsicherung im Alter sorgte.

### **Die Problematik**

*Arbeit wird durch die Sozialabgaben immer teurer*

Einkommen aus regulärer abhängiger Beschäftigung sind vom ersten Euro an mit 40% Sozialbeiträgen belastet. Daher wirken die Sozialbeiträge wie eine "Strafsteuer" auf Arbeit und behindern vor allem die Integration gering Qualifizierter in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft.

Niedrig Qualifizierte werden für Arbeitgeber übermäßig teuer, daher werden ihre Arbeitsplätze schneller wegrationalisiert oder – wo möglich – ins Ausland verlagert. Da andere Länder ihre sozialen Sicherungssysteme nicht oder nicht ausschließlich über einkommensabhängige Beiträge auf den Arbeitslohn finanzieren, sind dort – selbst bei gleichem Stundenlohn des Arbeitnehmers – die Kosten für Arbeit niedriger.

Für die Arbeitnehmer selbst bleibt – bei einem Mindestlohn von 8,50 pro Stunde – mit knapp 1.100 Euro netto im Monat kaum mehr, als einem Ehepaar auch an ALG II inklusive Wohngeld zustehen würde. Das begünstigt Schwarzarbeit.

*Die Beitragsfinanzierung verliert an Akzeptanz in der Bevölkerung*

Hinzu kommt ein zunehmender Akzeptanzverlust in der Bevölkerung vor allem in Bezug auf die Rentenbeiträge. Zunehmend wird das Äquivalenzprinzip und damit ein grundlegender Fairness- und Gerechtigkeitsgedanke in der solidarischen Versicherung in Frage gestellt.

Die durchschnittliche monatliche Altersrente liegt schon heute nur bei 700 Euro und damit – unter Berücksichtigung der Kosten für Unterkunft und Heizung – kaum über dem Regelsatz von 359 Euro für die Grundsicherung im Alter. 770.000 Menschen sind auf die Grundsicherung angewiesen, was sich auf Kosten von etwa 3,8 Mrd. Euro beläuft.

In Zukunft werden es mehr: Das DIW hat berechnet, dass sich in den neuen Bundesländern Männer, die 1970 geboren wurden, auf eine Rente von nur noch knapp 600 Euro im Durchschnitt einstellen müssen, Frauen sogar auf nur 470 Euro.<sup>1</sup>

### *Mittelfristig steht die Finanzierbarkeit in Frage*

Seit 1990 sind die Sozialversicherungsbeiträge von rund 35% auf knapp 40% gestiegen. Sollen sie nicht weiter steigen, so sind die Systeme mit ihrem gegenwärtigen Leistungsumfang mittelfristig nicht mehr finanzierbar. Das hat mehrere Ursachen:

- **Kostensteigerungen:** Menschen werden älter und beziehen länger Rente, das führt grundsätzlich zu höheren Ausgaben der Rentenversicherung. Die Medizin kennt immer mehr Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten, was die Kosten in der Krankenversicherung steigen lässt.
- **Demographischer Wandel:** Immer mehr Versicherte werden durch immer weniger Beitragszahler finanziert. Das gilt – mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung – für alle Sozialversicherungen. Kamen 1992 noch 1,7 Beitragszahler auf 1 Empfänger in der Rentenversicherung, sind es heute nur noch 1,4.
- **Sinkender Anteil der Lohneinkommen am Bruttonationaleinkommen:** Betrug der Anteil der Bruttolöhne am Nationaleinkommen Anfang der 90er noch rund 45%, so waren es 2008 nur noch knapp 40%. Der Anteil des Volkseinkommens, der an der solidarischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beteiligt wird, wird also immer kleiner.

### *Die heutigen Sozialbeiträge sind unsozial*

Die relative Belastung durch Sozialbeiträge nimmt mit steigendem Einkommen ab. Das liegt einerseits an steuerlichen Abzugsmöglichkeiten, andererseits an den Beitragsbemessungsgrenzen. In der Sozialversicherung gibt es daher de facto eine umgekehrte Progression:

Eine Alleinerziehende mit einem Kind, die 1.000 Euro im Monat verdient, zahlt ohne Arbeitgeberanteil rund 20% Abgaben, eine Familie mit dem Durchschnittseinkommen von ca. 3.500 Euro brutto im Monat, zahlt gut 18%, ein Alleinstehender mit 5.000 nur gut 11% und bei 10.000 Euro Monatsgehalt sogar nur noch etwas mehr als 9%.

---

<sup>1</sup> Vgl.: DIW: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland, 2010, S: 122.

## Der Lösungsvorschlag

Der soziale Konflikt des 21. Jahrhunderts verläuft daher nicht mehr zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen arm und reich. Eine Umstellung auf eine Steuerfinanzierung sorgt für eine gerechtere Verteilung der Belastung durch eine stärkere Umverteilung als bisher.

Die Steuerfinanzierung hat mehrere Vorteile gegenüber dem aktuellen System:

- Es werden alle Einkommensarten herangezogen, der Faktor Arbeit wird entlastet. Die deutsche Industrie wird dadurch wettbewerbsfähiger, Arbeitsplätze werden gesichert.
- Alle Bevölkerungsgruppen tragen zum sozialen Ausgleich bei, nicht mehr nur die abhängig Beschäftigten.
- Stärkere Schultern tragen mehr, da es im Einkommenssteuerrecht eine Progression gibt, die bei den Sozialbeiträgen nicht existiert. Ebenso wenig gibt es im Steuerrecht Beitragsbemessungsgrenzen.
- Beziehender niedriger Einkommen werden überproportional entlastet, da nicht mehr vom ersten verdienten Euro an 40% Abgaben fällig werden.

In 4 Stufen wird das gegenwärtige System in einer Steuerfinanzierung überführt. Innerhalb von 20 Jahren werden sukzessive die Sozialabgaben für Rente, Pflege und Krankheit abgebaut und die Steuern entsprechend erhöht. Der frei werdende Arbeitnehmeranteil kommt dabei direkt den Arbeitnehmern über höhere Nettoeinkommen zu Gute. Über den Arbeitgeberanteil verhandeln die Tarifpartner, inwieweit er zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland oder zur Lohnsteigerung eingesetzt wird.

## Die Konsequenzen

### *Mögliche Ausgestaltung der Rentenversicherung*

Für die aktuelle Rentnergeneration gibt es eine Bestandssicherung, ebenso für bisher erworbene Ansprüche der aktiv Beschäftigten.

Für die Zukunft gilt: Da eine Steuerfinanzierung der Rente nicht mehr nur Arbeitseinkommen zur Finanzierung heranzieht, ist auch die Rentenhöhe nicht mehr unmittelbar an das Arbeitseinkommen zu koppeln. Verschiedene Bausteine sind denkbar:

- ***Steuerfinanzierte Basisrente für alle***  
Eine solche Basisrente würde sich auf der Höhe der heutigen Grundsicherung im Alter bewegen und brächte derzeit Kosten (inkl. Wohnen und Heizen) von etwa 150 Mrd. Euro mit sich. Schon heute fließen etwa 60 Mrd. Euro als Steuerzuschuss in die Rente, es geht also um zusätzliche Kosten von etwa 90 Mrd. Euro.

- ***Lebensarbeitszeitabhängiger Zuschlag***  
Will man in der gesetzlichen Rente nicht nur eine Grundsicherung erhalten, sondern zusätzlich eine gewisse gesellschaftliche Anerkennung für die Leistung eines Arbeitslebens, so empfiehlt sich ein Zuschlag zur Grundsicherung in Abhängigkeit der Lebensarbeitszeit. Die Obergrenze könnte dabei die heutige Standardrente von etwa 14.000 Euro brutto sein. Die Zusatzkosten für ein solches Modell beliefen sich auf etwa 70 Mrd. Euro.
- ***Stärkere Eigenverantwortung***  
Die gesetzliche Rente wird in Zukunft nicht mehr den Lebensstandard sichern können. Durch den Wegfall der Beiträge werden vor allem die unteren Lohngruppen stärker entlastet und so in die Lage versetzt, selbst stärker vorzusorgen.

### *Möglichkeiten der Finanzierung*

Insgesamt müssen – je nach Ausgestaltung – über 140 Mrd. Euro zusätzliche Haushaltsmittel für die Rentenversicherung über Steuern finanziert werden.<sup>2</sup>

Der Abbau von Steuervergünstigen wird für diese Summe nicht ausreichen. Daher setzen wir auf einen Mix aus einer Anhebung des Einkommenssteuertarifs, des regulären Mehrwertsteuersatzes sowie der Energiesteuer.

Über die Einkommensteuer werden durch die Progression vor allem die starken Schultern belastet. Da auf Miete generell keine Mehrwertsteuer fällig wird und Lebensmittel sowie kulturelle Güter weitgehend nur mit dem ermäßigten Satz von 7% besteuert werden, trifft auch der höhere reguläre Mehrwertsteuersatz den schwächsten Teil der Bevölkerung nur marginal. Eine höhere Energiesteuer schließlich hat eine ökologische Lenkungswirkung und trägt zu einem klima- und umweltbewussteren Verhalten bei.

<i>Lars Barteit</i>	<a href="mailto:RA.Barteit@bp-law.de">RA.Barteit@bp-law.de</a>	0 70 42 / 81 72 23
<i>Wolfgang Häuser</i>	<a href="mailto:flow09@t-online.de">flow09@t-online.de</a>	0 72 36 / 65 34
<i>Carsten Lotz</i>	<a href="mailto:carsten.t.lotz@gmail.com">carsten.t.lotz@gmail.com</a>	0 175 / 318 3664
<i>Ralph Weinbrecht</i>	<a href="mailto:ruw9864@aol.com">ruw9864@aol.com</a>	0 72 33 / 61 39

*(Mitglieder der AGS Baden Württemberg)*

---

<sup>2</sup> Für die Krankenversicherung wären – je nach Höhe einer Eigenbeteiligung – noch einmal bis zu 160 Mrd. Euro zu finanzieren.